GdP zu Coronavirus: Transparenz schaffen – verbindlich handeln

Radek: Das ist die Stunde der Kanzlerin

Berlin. Angesichts der schwer vorhersehbaren Entwicklung um den neuartigen Coronavirus mahnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zur Besonnenheit. Es sei nicht zielführend, Szenarien zu verbreiten, die auf Vermutungen und Spekulationen basierten, betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek. Wichtig sei es dagegen, der Krankheit mit einer qualifizierten und offensiven Informationskampagne zu begegnen.

"In ungewissen Zeiten verlangen Menschen von ihrer politischen Führung transparente Informationen, nachvollziehbare Vorgaben und eine klare Sprache. Von der Kanzlerin sollten wir erwarten können, dass sie jetzt vorangeht, Stärke beweist und die notwendigen Signale setzt", forderte Radek.

In diesem gesellschaftlichen Reizklima sei es erforderlich, bedachtsam Worte und ihre Folgen abzuwägen. Das gelte sowohl für den Bereich der Verwaltungen, die wirtschaftliche Situation, die Versorgungslage als auch für Freizeitaktivitäten wie den Besuch von Großveranstaltungen. Einsatzanlässe für die Polizei seien zu minimieren. Der Gewerkschafter zeigte sich überzeugt, dass es bei einer realistischen Bewertung der Krankheitsentwicklung und dem konsequenten Vermeiden von Panikmache zu keinerlei Zuspitzungen der Lage kommen werde.

Trotz der offenbar hohen Ansteckungsgefahr sollte für den effektiven Schutz der Polizeibeschäftigten kein Maßnahmenaktionismus ausbrechen. Die Personalräte dürften nicht übersprungen, sondern müssten umfassend in Entscheidungsabläufe eingebunden werden. Zu beachten sei zudem, dass Arbeitsschutzmaßnahmen für alle Polizeibeschäftigten zu treffen seien. So dürfe es nicht zu Unterschieden zwischen Außen- und Innendienst kommen.